



anti atom komitee

EAAN

European Anti-Atomic Network
ONLINE

Stromkennzeichnung NEU

Herkunftsnachweise aus Österreich
schützen vor Atomstrom nicht

Anti Temelin Post, Nr. 35, November 2021
Erscheinungsort Freistadt, Verlagspostamt Freistadt
Sponsoring Post, GZ 02Z033562S
Zugestellt durch Post.at

Die Herausgabe dieser Zeitschrift wird vom Land Oberösterreich unterstützt.

Impressum: Anti Atom Komitee, Promenade 11,
4240 Freistadt, office@anti.atom.at, www.anti.atom.at



Foto: privat

Bei Gesprächen zu Atomkraft oder Klima- und Umweltschutz hört man häufig die Antwort „Da können wir nichts machen“. Ergänzt wird diese Antwort mit „Österreich ist dafür viel zu klein“ oder „die da Oben richten sich's sowieso“ oder „die Wirtschaft bestimmt eh alles“, ... Solche Haltungen befreien einen zwar scheinbar von der Mitverantwortung und ermöglichen ein unbeschwerteres Leben, überlassen aber die Weiterentwicklung dem Zufall, allen anderen oder denen „dort oben“.

Ich sage euch „jeder kann etwas zu Veränderungen beitragen, ob dies für eine sofortige Wende ausreicht sei dahingestellt – oftmals wird ein „Erfolg“ eines bewussten Handelns erst viel später sichtbar oder wird nie ganz konkret erkennbar.

Beispiele:

- Demokratie, Frauenwahlrecht, ... – ohne die Akteure für diese Anliegen könnten wir unserer Freiheiten heute nicht leben (viele von diesen haben den „Erfolg“ nie erlebt).
- 1978 Zwentendorfabstimmung – wir wissen, dass diese Abstimmung von politischen Motiven, die wenig mit Atomkraft zu tun haben, stark mitgeprägt wurde. Fakt ist aber, dass die Summe der Nein-Stimmen (50,47 %) bewirkt haben, dass Zwentendorf nie in Betrieb ging und keine weite-

„Da kann man nichts machen, ist der gottloseste aller Sätze.“

(Ausspruch der evangelischen Theologin Dorothee Sölle)

ren AKWs in Österreich gebaut wurden. Anti-Atomarbeit wie wir sie heute machen, gäbe es wahrscheinlich nicht.

- 1989 Fall des Eisernen Vorhanges – Jede/r einzelne der damaligen Demonstranten war ein Baustein dieser Wende!
- 2021 Bürgermeisterwahl in Königswiesen: Eine einzige Stimme war das Zünglein an der Waage! Nach der Wahl wird so mancher gedacht haben, „hätte ich doch ...“. So ähnlich sehe ich es bei unserer Anti-Atom-Arbeit. Direkte große Veränderungen können wir nicht machen. Wir können nur lästig sein, damit die Atomlobby nicht Narrenfreiheit bekommt. Irgendwann kann aber dieses durch unser Tun geschaffene Bewusstsein das Zünglein an der Waage für große Entscheidungen gegen die Atomkraft sein. Diese Hoffnung möchte ich nicht aufgeben!

Was Hoffnung in diesem Zusammenhang für mich bedeutet, hat der Freiheitskämpfer und Präsident Vaclav Havel einst treffend erklärt:

„Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat, egal wie es ausgeht!“

Fassen wir Mut und geben wir Hoffnung mit unserem Tun!!!

Alfred Klepatsch, Obmann



© Foto Weinwurm

Aus der atomar-fossilen Energie hinein in die Sonnen-Energie: Welche Flächen stehen uns dafür zur Verfügung

DI Vera Immitzer, Geschäftsführerin Bundesverband Photovoltaic Austria

Endlich hat die Photovoltaik die Aufmerksamkeit die sie braucht, um eine vollständig erneuerbare Stromversorgung zu schaffen. Während bereits vor mehr als 40 Jahren der Ausstieg stattgefunden hat in dem der Einstieg in die Atomkraft klar verhindert wurde, gestaltet sich der Ausstieg aus der Fossilen Stromversorgung wesentlich langatmiger. Entsprechend viel gilt es aufzuholen und die in Österreich installierte Photovoltaikleistung in den nächsten 10 Jahren zu versechsfachen. Neben der Wasserkraft und der Windkraft soll dann ein großer Teil des Strombedarfs über Sonnenstromanlagen gedeckt werden. Das für mich Faszinierende an der Technologie ist, dass sie beinahe überall eingesetzt werden kann – der Fantasie sind kaum Grenzen gesetzt. Diese Flexibilität trifft sich sehr gut in Anbetracht des Zubaubedarfs.

Doch welche Flächen stehen nun zur Verfügung? Ganz klar sämtliche Flächen an und auf dem Gebäude – diese

haben oberste Priorität. Leider sind aber nicht alle Dächer geeignet, auch können oder wollen sich manche Eigentümer nicht für ein PV-Kraftwerk auf ihrem Dach entscheiden. Daher muss man sich um Alternativen umsehen: Alte Deponieflächen, stillgelegte Industrie- und Gewerbebegründungen oder aber auch Parkplätze und verwaiste Schottergruben. Daneben gibt es auch die Möglichkeit so genannte Agrar-Photovoltaik umzusetzen – eine Kombination von landwirtschaftlicher Nutzung und Stromproduktion am gleichen Standort. Eine durchdachte Aufstellung und Ausrichtung der PV-Anlage macht die Bewirtschaftung der Fläche nicht nur weiterhin möglich sondern schafft auch Synergien. Pflanzen und Tiere sind unter den PV-Modulen vor Wind, Regen und Sonne geschützt, Verdunstung wird reduziert (bei zunehmender Klimaerwärmung dringend notwendig) und Rückzugsbereiche für Tiere werden geschaffen. So sieht gelungene Flächeneffizienz aus.



Foto: privat

Die Vision eines „Atomfriedhofs“ hinter dem Haus lockt niemanden

DI Edvard Sequens, Verein Calla Budweis (übersetzt aus dem Tschechischen)

Mit der Auswahl von vier Lokalitäten am Ende des vergangenen Jahres, wo die tschechische Verwaltung der Lagerstätten für radioaktive Abfälle (SURAO) den geeigneten Ort für den Bau des Atommüll-Endlagers weiter sucht, wird man wahrscheinlich nicht mehr bewegen können. Das ist aber kein Grund zur Resignation der Bewohner im Böhmerwald (Lokalität Brezovy potok), in Südböhmen bei Temelin (Lokalität Janoch) oder der Bewohner des Kreises Vysocina (Lokalitäten Hradek und Horka). Die Politiker kommen und verschwinden wieder. Die meisten Leader der Parteien, die in den Oktoberwahlen in die Abgeordnetenversammlung kandidieren, die an der Meinungsumfrage der Plattform gegen das Atommüll-Endlager teilgenommen haben, halten das Recht der betroffenen Gemeinden und ihrer Bewohner, sich in alle Phasen der Entscheidung bei der Unterbringung des Atommüll-Endlagers einzuschalten, für wichtig und werden sich dafür einsetzen. Viele von ihnen haben entschieden, den Entwurf zu unterstützen, dass die Unterbringung des Atommüll-Endlagers ohne Zustimmung der betroffenen Gemeinden nicht möglich ist. Manche von ihnen haben zwar wahrscheinlich nur etwas versprochen, was sie in der Zukunft nicht einhalten wollen werden, wir werden sie aber daran erinnern.

Die Verwaltung der Lagerstätten für radioaktive Abfälle (SURAO) bemüht sich, den bisherigen einheitlichen Einsatz der Lokalitäten aus der ganzen Republik zu brechen, den Regierungszugang zu den Atomabfällen zu verändern. SURAO kam mit dem Angebot, sogenannte „Lokale Arbeitsgruppen“ zu errichten und jede Lokalität somit selbständig zu überzeugen. Gemäß des Statuts dieser Gruppen, den die Bürgermeister der betroffenen Gemeinden erhalten haben, soll es sich aber um keinen deklarierten offenen Dialog handeln. Die Vertreter der Gemeinden sollen gemäß dieses Statuts weiter in einer sehr ungleichen Position gegenüber den Staatsvertretern bleiben. Wir dürfen nicht vergessen, dass die vergangenen zehn Jahre voll von nicht erfüllten Versprechen des Industrieministers und der Verwaltung der Lagerstätten für radioaktive Abfälle waren. Falls der Dialog mit den Gemeinden anfangen soll, muss zumindest das fehlende Gesetz, das ihre Rechte verstärken würde, an das Licht der Welt kommen. Außerdem, dass jede der vier ausgewählten letzten Lokalitäten ihre spezifische Werte verteidigt, wie zum Beispiel jetzt Hradek den Schutz der Wasserquellen, sind es gemeinsame Interessen, die man nur gemeinsam durchsetzen kann. Und daran werden wir weiter arbeiten.

Kein Atommüll-Endlager (das keines sein wird) an der Grenze!

**Unterschriftenaktion des Anti Atom Komitees zeigt:
Die Bevölkerung will kein Endlager nahe den
Bioregionen im Mühl- und Waldviertel. –
Weiterhin rege Beteiligung in den Gemeinden.**

Mit vorläufig beinahe 9000 Unterschriften fordert die Bevölkerung in Ober- und Niederösterreich die Bundesregierung auf, alle rechtlich möglichen Maßnahmen zu ergreifen, die Errichtung eines grenznahen Endlagers mit hochradioaktivem Müll sowie den Ausbau des bestehenden AKW Dukovany zu verhindern.

Für ein Endlager wurden folgende Standorte in Grenznähe zu Österreich und Bayern ausgewählt: Es handelt sich um die Lokalitäten Janoch beim AKW Temelin (48 km zur ö. Grenze), Horka bei Třebíč (45 km zur n. Grenze), Hradek bei Jihlava (40 km zur n. Grenze) und Brezový potok bei Klattau (60 km zur bayrischen Grenze).

Die AKWs Dukovany und Temelin produzieren bei einer Betriebsdauer von 40 Jahren über 3500 Tonnen abgebrannte Brennelemente, für die es keine Endlagerlösung gibt.

Nach fast 20 Jahren Standortsuche will SURAO 2025 nun zwei Standorte auswählen und bis spätestens 2030 soll die Entscheidung für den definitiven Endlagerstandort fallen. Geplant ist ein unterirdisches Areal in einer Größe von über 500 ha für 9.000 Tonnen hochgiftigen radioaktiven Müll, der bis zu einer Million Jahre gelagert werden muss. Gerade die Endlagerfrage zeigt die Absurdität der Atomenergie schonungslos auf, denn die geplanten

ten Lager werden immer nur Zwischenlager sein, deren Kosten tausende Generationen nach uns tragen werden müssen.

Unsere Bundesregierung muss ein Atommülllager an der Grenze zu den Bioregionen im Mühlviertel und Waldviertel unbedingt verhindern und die tschechische Regierung vom Ausbau erneuerbarer Energieträger als absolut kostengünstige Alternative zu den bestehenden AKWs überzeugen.

Wenn wir ein Atommüllendlager an Österreichs Grenze verhindern wollen, sind alle Kräfte notwendig, die wir irgendwie aufbringen können, auch zur Unterstützung der tschechischen Gemeinden.

Verlängerung der Unterschriftenaktion sowie online Petition **NEIN Atommüllendlager an unserer Grenze – NEIN Atom-ausbau in Tschechien** bis Ende des Jahres 2021!

Unterschriftenlisten zum Ausdrucken sowie online Unterschreiben auf unserer Website **www.anti.atom.at** bis Ende 2021 möglich!

Listen können an office@anti.atom.at oder an unsere Postadresse Promenade 11, 4240 Freistadt verschickt werden.

Wir möchten uns bei allen Gemeinden in Ober- und Niederösterreich bedanken, die unsere Aktion immer wieder unterstützen und so der Bevölkerung die Möglichkeit zum Unterschreiben bieten so Sandra Wagner und Manfred Doppler vom Anti Atom Komitee abschließend.

DANKE für jede Unterschrift!

Stromkennzeichnung NEU – unser offene Brief an e-control

Unsere Kritik an der aktuellen Stromkennzeichnung ist die Möglichkeit des getrennten Handels von Strom und Zertifikaten, der einem „greenwashing“ von Atomstrom zu Ökostrom Tür und Tor öffnet.

Im Zusammenhang mit dem Webinar der E-Control zum Thema Stromkennzeichnung NEU am 11.5.2020 haben wir in einem offenen Brief an die beiden Vorstände, DI Dr. Alfons Haber und Dr. Wolfgang Urbantschitsch, Stellung bezogen.

Positiv sehen wir die verpflichtende Angabe des gemeinsamen und getrennten Handels von Herkunftsnachweisen. Es sollte allerdings nicht der gemeinsame Handel angeführt werden müssen, sondern der nicht gemeinsame Handel – dadurch wird deutlicher, dass eben ein Anteil auch getrennt gehandelt wurde.

Positiv sehen wir die Vereinfachung der „primären“ Kennzeichnung und Reduktion auf erneuerbar, fossil und atomar und ob Strom aus Österreich oder nicht.

Ganz klar negativ sehen wir, dass bereits der Nachweis von 80 % gemeinsam mit Zertifikaten gehandelter Strom ausreichen und 20 % nach wie vor Atom- oder Fossilstrom bleiben. Können! **Keine Transparenz, sondern Greenwashing quasi geplant.**

Im Sinne der wahrheitsgemäßen Information der Konsumenten muss eine stufenlose Darstellung möglich sein!

Im Sinne der Transparenz für die Kunden ist ein Händlermix und nicht ein Produktmix wesentlich, alles andere führt zu Verwirrung und erleichtert Greenwashing. Negativ – keinerlei Ansatz unserer Forderung nach Offenlegung der Stromlieferverträge an die e-control – Stichwort Geldfluss – dies würde die Kompliziertheit und Intransparenz der Stromkennzeichnung beenden.

Es ist für den Kunden entscheidend auf welchen Konten sein Geld letztlich landet. Das ist das entscheidende Kriterium!

Der offene Brief ist in voller Länge auf www.anti.atom.at nachzulesen und wird von folgenden Organisationen aus dem Österreichischen Netzwerk Atomkraftfrei mitgetragen:

<i>Dr. Franz Daschil</i>	<i>PLAGE Salzburg</i>
<i>Mag. Johanna Nekowitsch</i>	<i>Wiener Plattform Atomkraftfrei</i>
<i>Hildegard Breiner</i>	<i>Vorarlberger Plattform gegen Atomgefahren</i>
<i>Mag. Renate Brandner-Weiss</i>	<i>Waldviertler Energiestammtisch</i>
<i>Bernhard Riepl</i>	<i>Verein Sonne und Freiheit, Sandl</i>
<i>Maria und Matthias Reichl</i>	<i>Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit, Bad Ischl</i>
<i>DI Manfred Doppler</i>	<i>Anti Atom Komitee</i>

Nach mehreren Rückfragen unsererseits die lakonische Antwort der e-control:

„Sehr geehrter Herr Doppler, sehr geehrte Damen und Herrn,

wie bereits telefonisch mit Ihnen besprochen, darf ich Sie darüber informieren, dass hinsichtlich Stromkennzeichnung mit dem im Juli veröffentlichten Erneuerbaren-Ausbau-Gesetz neue Elemente definiert wurden. Ganz zentral dabei sind die Aufteilung der Stromkennzeichnung in eine primäre und eine sekundäre Variante und eine verpflichtende Information darüber, wieviel Strom und Herkunftsnachweise gemeinsam gehandelt wurden.

Als E-Control sind wir weiterhin die ausführende Behörde für die Generierung der Herkunftsnachweise und die Überprüfung der Stromkennzeichnung. Wir sind gerade dabei, mittels Verordnung den Ablauf der Stromkennzeichnung näher zu spezifizieren. Diese Verordnung wird, wie jeder andere Verordnung auch, in eine öffentliche Begutachtung geschickt, damit auch die breite Öffentlichkeit sich einbringen kann. Diese Begutachtung wird voraussichtlich im Oktober oder November dieses Jahres erfolgen und auf unserer Website www.e-control.at veröffentlicht.“

Presseaussendung von Manfred Doppler zum offenen Brief sowie zur aktuellen Stromkennzeichnung NEU, 12. 10. 2021

Herkunftsnachweise aus Österreich schützen vor Atomstrom nicht

Das Geld der ÖsterreicherInnen fließt nach wie vor auch an Atomstromproduzenten. Auch nach Tschechien! Das Anti Atom Komitee fordert Offenlegung des Stromhandels und Beendigung der Irreführung der Stromkonsumenten durch Novelle der Stromkennzeichnung

Die Herkunftsnachweise für Strom aus erneuerbaren Energieträgern, die Österreichs Stromhändler zukaufen, bedeuten noch lange nicht, dass die österreichischen Stromkunden tatsächlich mit Ökostrom beliefert werden.

Entscheidend ist dabei auch nicht die physikalische Herkunft des Stromes, die ist nur sehr schwer nachzuverfolgen, sondern, wer vom Geld der Österreicher profitiert. Der Geldfluss ist entscheidend, obwohl mittlerweile klar ist, dass Österreich auch Strom aus tschechischen Atomkraftwerken importiert.

Leider bewirkt die Möglichkeit des getrennten Handels von Strom und Zertifikaten, dass diese hin und her verkauft und gekauft werden, ohne dass auch nur eine KWh Strom fließt. Zur Bewertung der Stromherkunft werden nur die Zertifikate herangezogen, ohne Rücksicht darauf, auf welchem Konto das Geld der österreichischen Stromkunden tatsächlich landet.

Österreichische Wasserkraftzertifikate können Atomstrom fördern.

Selbst wenn ein Stromlieferant nur Wasserkraftzertifikate aus Österreich bei der e-Control vorlegt, kann er Atomstrom noch immer bei einem AKW-Betreiber oder Strom unbekannter Herkunft (ENTSO-E Mix) an der Börse kaufen und in Österreich als österreichischen!!! ÖKO-Strom deklarieren. Eine perfekte Stromwaschmaschine – aus Atom wird ÖKO!

Bei gut besuchten **INFOVERANSTALTUNGEN** gemeinsam mit dem **Verein Füreinander Miteinander** und der **Klima-u. Energie Modellregion Sterngartl Gusental** in Reichenau, Altenberg und Bad Leonfelden konnte Manfred Doppler die sogenannte Stromwaschmaschine, das Reinwaschen von Fossilstrom zu reinem Ökostrom mit Wasserkraftzertifikaten genauer erklären.

„Es ist ganz einfach, für jeden verständlich! Es hat **der** Stromproduzent seinen Strom verkauft, auf dessen Konto das Geld der österreichischen Stromkonsumenten landet. Es wäre ganz einfach, diese Irrführung der Konsumenten zu beenden!

Einfache Lösung – Stromhandel und Produktion offenlegen

Wir haben daher in einem Offenen Brief die Strombehörde e-control aufgefordert, eine Novelle der Stromkennzeichnung vorzubereiten.

Jeder der in Österreich Strom verkauft, muss sämtliche Stromproduktion und Stromhandel offenlegen. Erst damit wird Klarheit geschaffen, wer vom Stromverbrauch der ÖsterreicherInnen profitiert.



Wer braucht **ATOMSTROMSTRAHLENVERSEUCHUNG?**

NIEMAND!



Wer braucht **DIE HEIZUNGSSTROMUNDWASSERTECHNIKER?**
JEDER, der keine **ATOMSTROMSTRAHLENVERSEUCHUNG** möchte!

SOLARier[®]

Photovoltaik, Stromspeicher, Pelletsheizungen und Wärmepumpen
4209 Engerwitzdorf, Bach 8 | T. +43 (0) 7235 / 89 7 89 | office@solarier.at | www.solarier.at

Fragen an die Spitzenkandidaten der 2021 im OÖ Landtag vertretenen Parteien

(ungekürzt auf
www.anti.atom.at
nachzulesen)



LR Birgit Gerstorfer, SPÖ

#mission 2030

Das Umweltbundesamt hat Konzepte entwickelt, wie wir mit dem Ausbau von Strom und Wärme aus erneuerbaren Quellen und entsprechenden Speichern die Energiewenden schaffen und die Klimaziele erreichen können. Oberösterreich muss mit dem weiteren Ausbau und der Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs, energetischer Sanierung öffentlicher und privater Gebäude und einer Photovoltaik-Offensive auf all unseren Dächern ganz entscheidend dazu beitragen.

Für die SPÖ ist es vorrangig, dass sowohl die heimischen Arbeitsplätze auch in der Industrie gesichert bleiben und es zu keiner Spaltung der Gesellschaft kommt.

Geplantes Atommüllendlager an der Grenze

Die Strahlengefahr kennt keine politischen Grenzen. Es kann nicht sein, dass Staaten, die sich auf diese riskante Form der Energiegewinnung stützen, die gefährlichen Abfälle dann bewusst an ihren Grenzen lagern und ihre Nachbarn – die vielleicht so wie Österreich nie Atomkraft genutzt haben – damit noch mitgefährden. Ich werde daher stets gegen solche Pläne auftreten und fordere die Bundesregierung zu einer dahingehenden Nachbarschaftspolitik mit unseren Anrainerstaaten auf. Auch ist unsere Regierung auf EU-Ebene gefordert. Es braucht eine Einigung unter den Staaten, welche solche Mitgefährdungen von Nachbarn unterbindet und zugleich auch eine einheitliche Strategie mit klaren Sicherheitsstandards betreffend Endlagerung.

LH Thomas Stelzer, ÖVP

#mission 2030

In Oberösterreich ist Klimaschutz mehr als nur ein Lippenbekenntnis. Bereits jetzt stammen über 80 Prozent der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energiequellen wie Wasser, Sonne oder Wind. Veränderung und Innovation gehen meist von einzelnen Regionen aus. Sie zeigen vor, wie es machbar und umsetzbar ist. So eine Region wollen wir in Oberösterreich sein, vor allem was saubere Industrie und Erneuerbare Energien angeht. Die Antiatom-Politik muss ganzheitlich gedacht werden. Deshalb ist es auch so wichtig, dass der Ausbau von Erneuerbaren Energien weiter fortgesetzt wird. Jede einzelne PV-Anlage, jedes neue bzw. sanierte Wasserkraftwerk ist ein weiterer Schritt raus aus der Abhängigkeit von atomaren und fossilen Stromimporten.

Kernenergie ist teuer, unsicher und kann niemals die Antwort auf die brennende Frage des Klimawandels sein. Mit einer CO₂-Bilanz von bis zu 110 g CO₂ pro Kilowattstunde ist Kernenergie zehn Mal schädlicher für die Umwelt als Wasserkraft. All das bestätigt den Weg, den Oberösterreich in seiner Energiepolitik als Vorreiter in Sachen Klimaschutz geht: Der Kurs des konsequenten Ausbaus erneuerbarer Energie ist die richtige Antwort auf die klimapolitischen Herausforderungen der Zukunft.

Geplantes Atommüllendlager an der Grenze zu Österreich

Sämtliche Vorhaben, Atommüllendlager in Grenzregionen zu Oberösterreich zu errichten, werden entschieden abgelehnt. Es muss daher in internationalen Regelwerken und Abkommen betroffenen Nachbarregionen wie Oberösterreich ein Einspruchsrecht eingeräumt werden. Ein Endlager in Grenznähe darf im Sinne der Sicherheit unserer Landsleute niemals Wirklichkeit werden. Dafür werde ich mich auch mit allen politischen, diplomatischen und rechtlichen Mitteln, die uns als Land OÖ zur Verfügung stehen, einsetzen. Das gilt nicht nur für die Pläne der tschechischen Regierung, sondern genauso für die bayerische Grenzregion. Wir sind dazu auch laufend im Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen aus den Nachbarregionen/-ländern, um gegen grenznahe Standorte zu werben.



Foto: SPÖ

LH Stv. Manfred Haimbuchner, FPÖ

#mission 2030

#mission 2030 Österreichweit wird bereits 80 Prozent des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen erzeugt. Es ist erstrebenswert, dass dieser Anteil durch Effizienzsteigerungen und einen Ausbau weiter erhöht wird. Dafür werden wir uns als FPÖ einsetzen. Diese Steigerung darf allerdings nicht um jeden Preis erfolgen. So müssen zum einen die Effizienz und Sinnhaftigkeit der einzelnen Energieträger berücksichtigt werden, andererseits darf es auch nicht zu einer unverhältnismäßigen finanziellen Belastung kommen. Die Energiewende darf keine Bedrohung sein.

Geplantes Atommüllendlager an der Grenze zu Österreich

Die FPÖ sagt klar „NEIN“ zu einem Atommüllendlager in Grenznähe zu unserer Heimat Österreich. Diesem Sicherheitsrisiko darf unsere Bevölkerung und unsere Umwelt nicht ausgesetzt werden. Die Gefahren, die von Atomkraftwerken und Atommülllagern ausgehen, sind unkontrollierbar. Vor allem in Deutschland und Tschechien wird intensiv nach möglichen Endlagern für radioaktiven Müll gesucht. Deutschland hat sogar die Kriterien gelockert, was Lager in den grenznahen bayrischen Regionen ermöglicht. Wir Freiheitliche sprechen uns ganz klar gegen die Errichtung von Atommülllagern in unmittelbarer Grenznähe zu Österreich aus. Wir werden uns auf allen Ebenen (Landtag etc.) auch weiterhin vehement gegen die Errichtung eines Atommüllendlagers in Grenznähe zu OÖ einsetzen.



LH Stefan Kaineder, Die Grünen

#mission 2030

Die österreichische Klima- und Energiestrategie „mission 2030“ bildet den Rahmen zur Erreichung von 100% erneuerbarem Strom bis 2030. Das im Sommer beschlossene Erneuerbare Ausbau Gesetz des Bundes, das von Bundesministerin Gewessler vorgelegt wurde, ist dazu der zentrale Meilenstein.

Mit dem neuen Gesetz soll vor allem Projektbetreibern für Wind- u. Solarkraftanlagen mehr Stabilität und Planungssicherheit gegeben werden. Die Produktionskapazität für Strom aus erneuerbaren Quellen soll bis 2030 von 55 auf 82 Terawattstunden ausgebaut werden. Neu im Gesetz ist auch, dass damit der Rückstau beim Ausbau der Fernwärme in Österreich mit 100 Millionen Euro abgearbeitet wird. Das betrifft 173 Projekte, auch in Oberösterreich, die seit 2011 auf eine Umsetzung warten.

Geplantes Atommüllendlager an der Grenze zu Österreich

Das Erneuerbare Ausbau Gesetz schafft über Energiegemeinschaften auch die Möglichkeit, dass sich künftig alle Menschen an der Energiewende beteiligen können – also auch ein völliges Gegenstück zur Atomkraft, die dazu in vielen Ländern mit Militärprogrammen eng verbunden ist.

LH Stefan Kaineder, Die Grünen

#mission 2030

Die österreichische Klima- und Energiestrategie „mission 2030“ bildet den Rahmen zur Erreichung von 100% erneuerbarem Strom bis 2030. Das im Sommer beschlossene Erneuerbare Ausbau Gesetz des Bundes, das von Bundesministerin Gewessler vorgelegt wurde, ist dazu der zentrale Meilenstein.

Mit dem neuen Gesetz soll vor allem Projektbetreibern für Wind- u. Solarkraftanlagen mehr Stabilität und Planungssicherheit gegeben werden. Die Produktionskapazität für Strom aus erneuerbaren Quellen soll bis 2030 von 55 auf 82 Terawattstunden ausgebaut werden. Neu im Gesetz ist auch, dass damit der Rückstau beim Ausbau der Fernwärme in Österreich mit 100 Millionen Euro abgearbeitet wird. Das betrifft 173 Projekte, auch in Oberösterreich, die seit 2011 auf eine Umsetzung warten.

Das Erneuerbare Ausbau Gesetz schafft über Energiegemeinschaften auch die Möglichkeit, dass sich künftig alle Menschen an der Energiewende beteiligen können – also auch ein völliges Gegenstück zur Atomkraft, die dazu in vielen Ländern mit Militärprogrammen eng verbunden ist.

Geplantes Atommüllendlager an der Grenze zu Österreich

Seit 1985 wird in Tschechien Atomstrom erzeugt – und seither gibt es keine Lösung in der Frage der Entsorgung. Radioaktive Abfälle funktionieren für 1 Million Jahre sicher gelagert werden. Wie das gefahrlos funktionieren soll, kann nach wie vor niemand schlüssig beantworten. Beim Blick zurück in die Erdgeschichte muss man erkennen, das ist eigentlich unmöglich.

Österreich hat sich durch einen klugen BürgerInnenentscheid gegen die hochriskante Atomkraft ausgesprochen und keinen Beitrag zur Erzeugung des hochradioaktiven Atommülls geleistet, also dürfen wir auch durch die Entsorgung nicht gefährdet werden. Neben dem politischen Druck werden VertreterInnen Oberösterreichs durch fachliche Stellungnahmen einer Gefährdung der Bevölkerung entgegenwirken und sich gegen ein Endlager an unseren Landesgrenzen einsetzen.

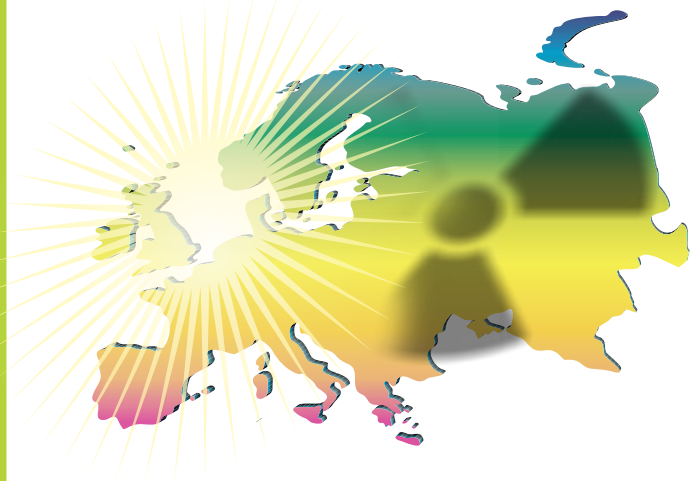
Im Rahmen der Oö. Antiatom-Offensive kann Oberösterreich auch auf die Kooperation mit Vereinen betroffener Regionen in der Ablehnung von grenznahen Standorten zählen.



Foto: ÖVP



Foto: Grüne



eaan

EUROPEAN ANTI-ATOMIC NETWORK

nun online!

Das **EAAN-Netzwerk** soll eine Brücke bilden zwischen Personen, Gruppen, Vereinen und Organisationen mit einem gemeinsamen Ziel: dem Ausstieg aus der Atomenergie in Europa und der Förderung erneuerbarer Energie. – Ein Gegenpol zur noch immer mächtigen und sogar wieder erstarkenden Atomlobby!

Dieses europäische Netzwerk nimmt nun in Form eines Forums Gestalt an.

Das Forum **www.eaan.info** dient zur gemeinsamen Kommunikation, zum Erfahrungs- und Informationsaustausch (Deutsch, Englisch).

Es besteht die Möglichkeit, Beiträge und Neuigkeiten zur Anti Atom Thematik oder die den Klimawandel betreffen, zu verfassen und zu „posten“.

Aktuelle Entwicklungen und Medienberichte können laufend allen Interessierten mitgeteilt werden, ohne Umwege von Newsletter und Mails.

Beiträge, die nicht dem Sinn des Forums entsprechen, können entfernt werden.

Alles ist themenbezogen, nicht anonym, kein kommerzieller Hintergrund, absolut werbefrei und überschaubar.

Die unzählige Flut an Mails über Facebook mit Fotos und Postings entfallen im Forum.

Alle Informationen aus dem Forum können nur aus der Internetseite eingesehen werden.

Über 30 NGOs, Vereine und Personen sind bereits Teil des EAAN.

z.B.

Aarhus Konvention Initiative

Anti-Atom-Gruppe Freiburg

ARGE Ja zur Umwelt, nein zur Atomenergie

Association Common Earth

Begegnungszentrum für aktive Gewaltlosigkeit

BI gegen atomare Anlagen, Weiden

BI kein Endlager im Fichtelgebirge

Dalibor Stráský, Anti Atombeauftragter

ECODEFENCE Moskva

Green City e.V., München

IG Windkraft Österreich

ISAD

Martin Litschauer

Mütter gegen Atomkraft e.V. München

OIŽP Budweis

PLAGE Salzburg

SES – Schweizerische Energiestiftung

Stop Tihange Deutschland e.V._Aachen_Hilde Debey

Waldviertler Energiestammtisch

Wiener Plattform Atomkraftfrei

Alle, die an den Themen Umweltschutz, atomfreies Europa und Klimawandel interessiert sind, laden wir ein, das Forum auszuprobieren und zu nutzen!

10 Jahre Fukushima – 35 Jahre Tschernobyl

Plakataktionen des Anti Atom Komitees als starkes Zeichen gegen das Vergessen der Katastrophen in Fukushima und Tschernobyl! Viele Gemeinden und Schulen machten mit!



Am 11. März jährte sich die Katastrophe mit dem Tsunami und der darauffolgenden Kernschmelze in drei zerstörten japanischen Reaktoren zum zehnten Mal. **Am 26. April 1986** kam

es zur bisher größten Atomkatastrophe in der Geschichte. Der Supergau von Tschernobyl!

Durch eine Reihe von teilweise kriminellen Aktivitäten geriet Reaktor 4 völlig außer Kontrolle. Eine unkontrollierbare Kettenreaktion setzte ein, zerstörte den Reaktor und setzte Unmengen von Radioaktivität in die Umwelt frei und die Geschichte ist auch heute nicht zu Ende! Der Supergau setzte in den ersten zehn Tagen 200mal so viel Radioaktivität frei, wie die Atom-bombe von Hiroshima und Nagasaki zusammen.

Eine radioaktive Wolke breitete sich über viele Länder in Europa und Kleinasien aus.

Da aufgrund der Corona Situation Mahnwachen nicht möglich waren, organisierte das Anti Atom Komitee Plakataktionen, die an den Supergau in Fukushima sowie an die Tschernobyl Katastrophe erinnern sollte. Die Stadt Freistadt, viele umliegende Gemeinden und Schulen machten bei der Aktion mit und hängten Plakate auf.

Bei einer AUSgestrahlte Sondersendung zu Tschernobyl/Fukushima des Anti Atom Komitees im Freien Radio Freistadt äußerten sich Experten dazu, der **Physiker und Meteorologe Dr. Aron Vrtala** und **Risikoforscher Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Kromp**.

dorfTV-Sendung mit EU-Abgeordneten aller Fraktionen – Atomenergie darf nicht nachhaltig werden



Manfred Doppler führt gemeinsam mit Patricia Lorenz von GLOBAL 2000 Gespräche mit den EU-Abgeordneten Thomas Waitz (Die Grünen), Mag. Günther Sidl (SPÖ), ehem. MEP Franz Obermayr (FPÖ), Mag. Gerald Loacker (NEOS), Dr. Angelika Winzig (ÖVP) zur Taxonomie-Verordnung in Brüssel sowie zum klaren NEIN zur Entscheidung im Herbst, Atomenergie als ökologisch nachhaltig einzustufen.

In Österreich gibt es einen breiten Konsens bei allen politischen Fraktionen, dass Atomenergie nicht als nachhaltig gelten kann und darf, und absolut keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann. Frankreich und ehemalige Oststaaten, wie Tschechien, die Slowakei oder Polen lobbyieren massiv in Brüssel, Atomenergie als nachhaltige Energieform und damit als Klimaschutzmaßnahme einzustufen. Das muss unbedingt verhindert werden!

Eine Entscheidung darüber wurde nun in Brüssel erneut bis Jahresende verschoben. Es ist da wirklich Feuer am Dach, dass die Atomlobby sich da durchsetzt.

Dabei können die Argumente der Atomlobby ganz leicht entkräftet werden. Es gibt keinen französischen oder tschechischen Klimawandel auch keinen österreichischen, sondern einen globalen und daher spielt es überhaupt keine Rolle, wie hoch der Anteil der Atomenergie in diesen Ländern ist und – Atomenergie ist zu teuer, unverantwortlich und **vor allem zu langsam!**

Der Anteil der Atomenergie am weltweiten Energieverbrauch beträgt ca. 2 Prozent und zeigt, dass die Atomenergie keinen Beitrag zum Klimaschutz leisten kann!

Selbst bei einem massiven Ausbau nicht! Global gesehen können alle Atomkraftwerke morgen abgeschaltet werden und wir merken es nicht!

Es muss jetzt ein lauter Aufschrei der Österreicher im EU-Parlament und der Bundesregierung erfolgen, der auch in der Bevölkerung laut und deutlich zu hören ist, alles andere wäre ein weiterer Verlust vom Rest des Vertrauens in die Politik! An mangelnden Argumenten kann es nicht liegen!



Links zu den Sendungen
<https://www.dorfTV.at/video/36022>

<https://www.dorfTV.at/video/36082>



HILF MIT ein Atommüllendlager direkt an der österreichischen Grenze zu verhindern, den europäischen Atomausstieg voranzutreiben, den versteckten Atomstrom in Österreich aufzudecken, den Bau neuer AKWs mit Steuergeldern zu stoppen ...

Das Anti Atom Komitee ...

- ... informiert dich über die Wege aus der Atomenergie – Atomenergie kann **nichts** zur Klimarettung beitragen!
- ... motiviert dich über dieses Thema nachzudenken – es geht um unsere Zukunft und die unserer Kinder!
- ... aktiviert dich, bei unseren Veranstaltungen und Aktionen dabei zu sein – nur gemeinsam sind wir stark!

GEMEINSAM KÖNNEN WIR VIEL SCHAFFEN! Damit wir dies alles aber tun können, müssen wir alle unsere Kräfte bündeln, sind wir auf Hilfe und Unterstützung angewiesen. Bitte spende für eine atomkraftfreie Zukunft! Raiffeisenbank Region Freistadt, IBAN: AT52 3411 0000 0210 9144

Was wir tun, wofür wir stehen samt aktueller Infos:
www.anti.atom.at

DANKE
für Deine Spende!